

Auf gutem Weg

von Kay Ruge

Bereits zum zweiten Mal hat der Deutsche Landkreistag seine Mitglieder zu ihren E-Government-Aktivitäten und zum Ausbau der IT-Infrastruktur befragt. Verglichen mit der ersten Erhebung vor vier Jahren lassen sich in vielen Bereichen Weiterentwicklungen erkennen.

Bei der Verbreitung von E-Government-Angeboten kommt den Kommunen in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Um einen Überblick über die E-Government-Aktivitäten der insgesamt 313 Kreise zu gewinnen, hatte der Deutsche Landkreistag erstmals im Jahr 2003 eine Erhebung durchgeführt. An der zweiten E-Government-Umfrage 2007, die gemeinsam mit dem Institut für E-Government der Universität Potsdam konzipiert wurde, haben sich rund zwei Drittel der deutschen Landkreise beteiligt. Ergebnis: Die Landkreise haben innerhalb der vergangenen vier Jahre ihre Aktivitäten im Bereich E-Government deutlich verstärkt, Fragen der Verwaltungsmodernisierung und der Effektivität von Abläufen spielen gerade auf Kreisebene eine große Rolle.

Bei gut der Hälfte der Landkreise liegen demnach bereits eine ausformulierte E-Government-Strategie sowie ein entsprechendes Umsetzungskonzept vor oder befinden sich in Planung. Weniger als ein Fünftel der Kreise entwickelt E-Government-Strategien und -konzepte dabei ausschließlich für eigene Angelegenheiten. Bei der Umfrage im Jahr 2003 waren es noch 60 Prozent. Die große Mehr-

heit bezieht inzwischen kreisangehörige Gemeinden ein oder arbeitet – auch länderübergreifend – mit anderen Landkreisen zusammen. Im Mittelpunkt der Strategien steht dabei meist eine Optimierung der vorhandenen Geschäftsprozesse.

Hinsichtlich der Zugangskanäle werden bei knapp 63 Prozent der Kreise vor allem Portale als Zugang zu öffentlichen Leistungen auf- und ausgebaut. Bürgerbüros und mobile Lösungen sind von deutlich geringerer Bedeutung. Ebenfalls sehr wichtig sind der Bereich der Prozesse sowie Fragen der Interoperabilität. Erwartungsgemäß messen nahezu alle Landkreise einer Standardisierung des Datenaustausches eine hohe Bedeutung bei. Nur gut 43 Prozent beurteilten allerdings eine damit verbundene mögliche Kompetenzverlagerung auf Bund oder Länder positiv. Die gleiche Anzahl stand dieser Möglichkeit neutral gegenüber, der Rest äußerte sich diesbezüglich negativ. Angesichts dessen dürfte sich – auch mit Blick darauf, dass eine enge Verzahnung im Verhältnis zwischen Land und Kommunen maßgeblich ist – eine

stärker auf die Länderebene ausgerichtete Ausfüllung von Kompetenzen in diesem Bereich als die mildere Variante darstellen. Vor dem Hintergrund der angestrebten Prozessorientierung von E-Government wurden die Kreise zur konkreten Umsetzung entsprechender Vorstellungen befragt. Demnach wurden in über 90 Prozent der Fälle bei der Einführung der elektro-



E-Government-Strategien am Start.

nischen Verarbeitung die betroffenen Geschäftsprozesse angepasst. Insofern haben sich die Landkreise auf den Weg in Richtung prozessorientierter E-Government-Ausgestaltung gemacht.

Bei der Umsetzung von E-Government-Projekten wird der Standardisierung des Datenaustausches, der IT-Sicherheit und dem Datenschutz ein besonders hoher Stellen-

wert beigemessen. Aber auch den Aufbau einer Basisinfrastruktur für E-Government, die Verschlüsselung und die Online-Fähigkeit von Fachanwendungen erachten die Kreise in der Mehrzahl als bedeutend. Über 70 Prozent beurteilen auch die Standardisierung von Fachanwendungen, die elektronische Archivierung und das Einbinden von Geodaten in Online-Angebote als wichtig, 66 Prozent treffen diese Aussage für die elektronische Signatur. Die Standardisierung des Datenaustausches und der Fachanwendungen werden allerdings signifikant unterschiedlich bewertet. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass für Fachanwendungen von den Kommunen zum Teil eigene Lösungen entwickelt werden, die den konkreten Anforderungen vor Ort entsprechen. Die Probleme des Datenaustausches bedürfen dagegen einer Lösung, die über den örtlichen Zuständigkeitsbereich hinausgeht.

Im Hinblick auf die Netzinfrastruktur kommt den Kreisen aufgrund ihrer Stellung im Verwaltungsaufbau und den sich daraus ergebenden horizontalen und vertikalen Kommunikationsbeziehungen eine Mittlerfunktion zu. Wie die Umfrage zeigt, verfügen mittlerweile 98 Prozent der Landkreise über einen Zugang zum Landesnetz, der über die Anschlusswege eines unmittelbaren Zugangs (44 Prozent), über kommunale Datennetze (37 Prozent) oder andere Netze, wie beispielsweise TESTA, realisiert wird. Die große Bedeutung, welche die Kreise diesem Bereich beimessen, zeigt sich auch in dem fortschreitenden Ausbau eigener Infrastrukturen. So war bei der ersten Erhebung in

36 Prozent der Landkreise bereits ein Kreisnetz vorhanden und in 12 Prozent der Aufbau eines solchen geplant. Inzwischen verfügen mehr als 42 Prozent der Landkreise über ein eigenes Kreisnetz. In mehr als der Hälfte der Landkreise bestehen Kommunalverwaltungs- oder Kommunaldatennetze.

Die Umfrage sollte auch zeigen, wie die Kreise ihre E-Government-Aktivitäten umsetzen. Demnach nehmen gut zwei Drittel zur Entwicklung und Umsetzung externe Hilfe in Anspruch. Am besten wurde von den Befragten dabei der gegenseitige Erfahrungsaustausch mit anderen Verwaltungen bewertet. Auch die Zusammenarbeit mit kommunalen IT-Dienstleistern oder mit privaten Unternehmen wurde überwiegend positiv beurteilt. Abgefragt wurde auch, welche Leistungen durch elektronische Informations-, Kommunikations- oder Transaktionsangebote umgesetzt wurden. Wie die Umfrage zeigt, sind hier insbesondere Leistungen im Kfz-Zulassungswesen, bei Bürgerinformationssystemen, Baugenehmigungsverfahren oder zur Wirtschaftsförderung sowie in den Bereichen Abfallwirtschaft, Soziales und Gesundheit, Tourismus- und Freizeitangebote und Behördenwegweiser hervorzuheben.

Im Rahmen der Initiative Deutschland-Online wurden durch den fortgeschriebenen Aktionsplan aktuell sechs priorisierte Vorhaben festgelegt. Aus Sicht der Landkreise fällt insbesondere den Projekten Standardisierung, Kfz-Wesen und Kommunikationsinfrastruktur eine hohe strategische Bedeutung zu. Für eine Fortschreibung des Aktionsplanes wurden von den

Kreisen hauptsächlich die Vorhaben elektronische Signatur, Ausländerwesen und Zuständigkeitsfinder als bedeutsam genannt. Mit Blick auf die einheitliche Behördenrufnummer 115 sind in etwa der Hälfte der Landkreise zumindest teilweise bereits Infrastrukturen vorhanden oder geplant, über welche die Bürger abteilungs- oder fachbereichsübergreifend Anfragen stellen und Verwaltungsvorgänge erledigen können. Wissensdatenbanken, die zeitnah alle relevanten Informationen über Aufgaben, Zuständigkeiten sowie aktuelle Bear-

Anzeige



beitungsstände zugänglich machen, sind in fast der Hälfte der Kreise vorhanden oder geplant. Und: Die Mehrheit der Landkreise erklärte sich in der Umfrage bereit, ein Service-Center zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können.

Dr. Kay Ruge ist Beigeordneter für Verfassung, Europa und Neue Medien beim Deutschen Landkreistag.